

---

Aktenzeichen

940-52

Verfasser/in

Ruck, Valerie

---

Beratung

Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss

Datum

22.09.2020

öffentlich

---

Betreff

**Quartalsbericht;  
2. Quartal 2020**

---

## Sachverhalt:

Die *Entwicklung des Haushalts 2020* ist nach aktuellem Stand positiver als bisher prognostiziert.

So ist c.p. mit einem negativen Haushaltssaldo von 4.630.300 € zu rechnen.

Ausschlaggebend sind Gewerbesteuermehrerlöse aufgrund einer Nachzahlung aus Vorjahren eines einzelnen Unternehmens (Einmaleffekt). Zusätzlich führen die im Rahmen der Haushaltsklausur eingezogenen Mittel im Bereich Hoch- und Tiefbau in Höhe von 2.387.500 € sowie die Budgetkürzungen von 10 % (345.200 €) zu einer Verringerung des Defizits.

Des Weiteren könnten avisierte Grundstücksverkäufe in Höhe von 1.400.000 € das negative Haushaltssaldo auf 3.230.300 € zusätzlich verbessern.

Darüber hinaus ist damit zu rechnen, dass weitere Ausgaben im Vermögenshaushalt nicht im geplanten Umfang erfolgen werden.

Als Folge muss nach aktueller Einschätzung *noch kein Nachtragshaushalt* erstellt werden, da der Haushaltsausgleich noch erreicht werden kann. In den nächsten Monaten ist die Lage weiter zu beobachten und „auf Sicht zu fahren“.

Die *Liquiditätsslage* kann damit als weniger angespannt angesehen werden. Den Zahlungsverpflichtungen in den kommenden Monaten kann unter Ausnutzung des gegebenen Kassenkreditvolumens nachgekommen werden.

In Bezug auf das *städtische Personal* sollte zunehmend darauf geachtet werden, dass Überstunden abgebaut werden. Auch die grundsätzliche Inanspruchnahme des Urlaubs im 1. HJ sollte beobachtet werden, da lediglich max. ein Viertel des Urlaubes inkl. Resturlaub genommen wurde. Auch in diesem Fall ist wahrscheinlich die Corona-Pandemie ursächlich.

Weiterhin wird geraten die *Budgetübertragung* von nicht benötigten Mitteln zu überdenken (2020: 2.957.200 €). Ziel eines Budgets sollte ein möglichst effizientes Wirtschaften sein und kein „Anhäufen“ für schlechte Zeiten. Die Budgetkürzungen um 10 % werden bereits zu einer teilweisen Abschmelzung dieser Reserven führen, da viele laufende Kosten trotzdem anfallen und nicht kurzfristig reduziert werden können.

Betrachtet man den bisherigen Verlauf der Ausgaben ist festzustellen, dass in der Bewirtschaftung sowie dem Gebäudeunterhalt mit überplanmäßigen Ausgaben zu rechnen ist. Bereits im 1. HJ sind etwa drei Viertel der angesetzten Mittel verbraucht. Auch hierbei ist wahrscheinlich die Corona-Pandemie ausschlaggebend.

Im Bereich der *kostendeckenden Einrichtungen* sind Unterdeckungen möglichst auszugleichen. Derzeit findet eine Überprüfung der Gebühren statt.

Das *größte Risiko* der Stadt stellt der Generationenwechsel bzw. die Altersstruktur dar, welches zusätzlich durch die besondere Konkurrenzsituation mit anderen Behörden in Ansbach verschärft wird.

Die Regierung von Mittelfranken, der Bezirk Mittelfranken, das Landratsamt Ansbach sowie die Stadt werben um die gleichen Beschäftigten.